Eilentscheidung der Oberbürgermeisterin

Beschlussvorschlag:

Wegen der Umstellung auf das neue kommunale Haushaltsrecht werden die in der Anlage 1 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben im Haushaltsjahr 2011 von bis zu 14.608.127,36 Euro sowie die in der Anlage 2 dargestellten vorläufigen Bewirtschaftungsregeln für die Haushaltsführung 2012 entschieden.

Begründung:

1. zahlungsunwirksame Mehrausgaben 2011

Darstellung einer bilanziellen Verbindlichkeit gegenüber dem Kommunalen
Schadensausgleich 2.813.089,96 Euro
(Mehrausgaben bei Haushaltsstelle 1.03000.64000.999)

Auf der Grundlage der Beschlussvorlage 00875/2011-Prozessvergleich Umlageforderungen KSA 1994-2004 gegen die Landeshauptstadt Schwerin ist ein gerichtlicher Vergleich zwischen der Landeshauptstadt Schwerin und dem kommunalen Schadensausgleich vom 04. August 2011 zustande gekommen, nach dem ein Teilbetrag der von der Landeshauptstadt Schwerin insgesamt zu leistenden Ausgaben im Jahr 2012, spätestens bis zum 31. Dezember 2012, zu zahlen ist.

Wirtschaftlich ist die Ausgabe nicht dem Haushaltsjahr 2012 zuzurechnen. Deshalb ist sie nach den doppischen Grundsätzen im Haushaltsjahr 2012 ergebnisneutral abzuwickeln. Dazu wird in die Eröffnungsbilanz eine Verbindlichkeit aus kameraleen Vorjahren eingestellt und gleichzeitig der Auszahlungsbetrag auf einem Kreditorenkonto erfasst.

Nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums MV zur Überleitung vom kameraleen zum doppischen Haushaltsrecht entsteht die Verbindlichkeit in der Eröffnungsbilanz durch die Anordnung einer Ausgabe in Höhe des in 2012 zu zahlenden Betrages noch im Haushaltsjahr 2011 mit einer Fälligkeit im neuen Haushaltsjahr, aus der zum Jahresabschluss 2011 ein Kassenausgaberesult gebildet wird, der als Verbindlichkeit in der Eröffnungsbilanz übergeleitet wird.

Die überplanmäßige Ausgabe entsteht in 2011 ausschließlich bedingt durch die Umstellung auf die Doppik, wird tatsächlich aber erst in 2012 liquiditätswirksam.

Darstellung von bilanziellen Verbindlichkeiten ca. 6.200.000,- Euro
aus Unterhaltsvorschuss
(Mehrausgaben bei Haushaltsstelle 1.48100.67110.999 u.a.)

Die Landeshauptstadt Schwerin ist Unterhaltsvorschusskasse und fordert aus Landesmitteln geleistete Unterhaltsvorschüsse von den Unterhaltspflichtigen zurück. Zum Jahresabschluss 2011 werden aus diesem Fachbereich Geldforderungen gegenüber Unterhaltspflichtigen Personen in Höhe von etwa 6.200.000,- Euro aus allen vorangegangenen Haushaltsjahren erwartet.

Soweit auf diese Forderungen von den Unterhaltspflichtigen geleistet wird, steht die Zahlung zu 11/12 Anteil dem Land Mecklenburg-Vorpommern zu und wird an das Land von der Haushaltsstelle 1.48100.67110 ausgekehrt. Die Auskehr an das Land ist im Haushalt 2011 in der Höhe der erwarteten Zahlungen der Unterhaltspflichtigen geplant worden (160.400,- Euro).

In den Jahresabschlüssen der Vorjahre sind die Forderungen aus Unterhaltsvorschuss stets wirtschaftlich auf den werthaltigen städtischen Forderungsanteil bereinigt dargestellt worden.

Nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums MV zur Überleitung vom kameralem zum doppischen Haushaltsrecht und dem Erlass des Innenministeriums vom 24. November 2010 ist im letzten kameralem Jahresabschluss in Höhe der Forderungen gegenüber den Unterhaltsverpflichteten ein Kassenausgaberesult an das Land MV zu bilden, der in der Eröffnungsbilanz in eine Verbindlichkeit gegenüber dem Land MV übergeleitet wird.

Diese umstellungsbedingte Einmalsituation ist in der Haushaltsplanung 2011 nicht berücksichtigt worden. Die Auszahlung muss in 2011 angeordnet werden, wird allerdings nur in Folgejahren und überhaupt nur dann liquiditätswirksam, wenn die Unterhaltsverpflichteten auf die Forderung geleistet haben. Die Ausgabe belastet das Ergebnis 2011 in voller Höhe und wird durch die bislang vorgenommene Forderungsabwertung in diesem Bereich insoweit wirtschaftlich bereits gedeckt, so dass hieraus insgesamt eine Verschlechterung des Jahresergebnisses nur in der Höhe der Differenz zwischen den Gesamtansprüchen des Landes und dem Volumen der Restebereinigung zu erwarten ist. Dieser Betrag wird voraussichtlich nicht mehr als ca. 500.000 Euro ausmachen.

Darstellung eines Forderungsverlustes aus Darlehenstilgung 278.029,96 Euro
(Mehrausgaben bei Haushaltsstelle 1.0300.63000.999)

Die Landeshauptstadt Schwerin hat der Schweriner Wohnungsbaugenossenschaft e. G. im Rahmen einer Subvention im Jahr 1991 ein Darlehen in Höhe von 1.612.842,63 Euro gewährt, dass nach gerichtlichem Vergleich vom 09. Mai 2003 in Jahresraten letztlich in Höhe von 1.334.812,67 Euro getilgt wird. Zu zahlen sind noch 200.000,- Euro. Der Unterschiedsbetrag aus der Darlehensgewährung und der durch gerichtlichen Vergleich festgesetzten Tilgung beträgt 278.029,96 Euro. Dieser Betrag ist als Forderungsverlust anzusehen, der im Jahr des gerichtlichen Vergleiches hätte berücksichtigt werden müssen. Tatsächlich ist dies unterblieben. Um den Forderungsbestand in der Eröffnungsbilanz korrekt auszuweisen, muss in Höhe des Forderungsverlustes eine überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2011 angeordnet werden. Die Ausgabe belastet das Ergebnis 2011, wird jedoch nicht liquiditätswirksam.

Die Mehrausgabe holt anlässlich der Doppik-Umstellung eine bisher unterlassene Korrektur des Forderungsbestandes nach.

Korrektur Barkassenbuchdifferenz 50.362,26 Euro
(Mehrausgaben bei Haushaltsstelle 1.03000.63000.999)

Die Differenz ist nur buchhalterischer Natur und geht auf das Jahr 1991 zurück. Ursächlich für die Differenz ist, dass bei Ausstattung der Barkasse mit Barmitteln im Jahr 1991 diese Barmittel zwar im Kassenbuch der Barkasse als Einnahme manuell eingebucht wurden, nicht jedoch im Buchwerk im Übrigen. Im Zuge der Euro-Umstellung kam es zur Rückzahlung und Neuausreichung dieser Barmittel. Dabei wurden die Barmittel in dem Kassenbuch der Barkasse und in einem Vorschusskonto des Buchwerkes ausgebucht. Dort fand sich aber zu keiner Zeit eine Einnahmebuchung, weshalb sich die Buchdifferenz entstand. Seit dem Ende der Barkassierung in der Barkasse im Stadthaus und der Inbetriebnahme des Kassenautomaten mit Zahlungssystem im Jahr 2005 hat das Rechnungsprüfungsamt die Buchdifferenz in den Prüfberichten zu den Jahresrechnungen wiederholt beanstandet. Die Finanzverwaltung hat eine Korrektur des fehlerhaften Buchbestandes mit Überleitung in die Doppik in Aussicht gestellt. Für diese Korrektur ist eine Einnahme auf dem Vorschusskonto zu buchen, die über eine Ergebnis belastende Ausgabe aus dem Haushalt 2011 zu decken ist, ohne dass es dabei zu einer liquiditätswirksamen Auszahlung kommt. Die 1991 unterlassene Buchung wäre damit nachgeholt.

Korrektur einer Umsatzsteuerbuchdifferenz
(Mehrausgaben bei Haushaltsstelle 1.03000.630000.999)

35.345,18 Euro

Die Abwicklung von Umsatzsteuerzahlungen (Einzahlungen und Auszahlungen) mit dem Finanzamt erfolgt über ein Verwahrkonto, auf dem seit dem Jahr 2004 eine Buchdifferenz ausgewiesen ist. Das Finanzamt hat jedoch alle Umsatzsteuerzahlungen geleistet. Es fehlen daher weder Einnahmen noch wurde zuviel erstattet.

Es handelt sich bei dieser Differenz vielmehr um einen Darstellungsfehler, der anlässlich der Überleitung in die Doppik zu korrigieren ist und der vom Software- und Beratungsunternehmen H&H wegen der Konzentration auf das doppelte Softwareprodukt bislang nicht korrigiert werden konnte. Um eine manuelle Korrektur zu vermeiden, wird bei Überleitung in die Doppik eine Einnahme auf dem Verwahrkonto gebucht, die durch eine Ausgabe aus dem Haushalt 2011 ergebnisbelastend aber nicht zahlungswirksam gedeckt wird.

2. zahlungswirksame Mehrausgaben 2011

Soweit noch in 2011 schon für das Haushaltsjahr 2012 auszuführen ist, ist die Ausgabe nach den Verwaltungsvorschriften des Innenministeriums MV zur Überleitung vom kameralem zum doppelten Haushaltsrecht noch im Verwaltungshaushalt 2011 anzuordnen und anschließend im Haushaltsjahr 2011 aus dem Verwaltungshaushalt auf ein Vorschusskonto zu buchen, welches als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten in der Eröffnungsbilanz erfasst wird.

Der Aufwand des Jahres 2012 ist anschließend in der Ergebnisrechnung 2012 zu erfassen. Die Finanzrechnung 2012 bleibt dagegen unberührt.

Solche Ausgaben wurden in den Vorjahren bereits im Vorgriff auf das jeweils kommende Haushaltsjahr angeordnet und sind in der Haushaltsplanung 2011 deshalb an verschiedenen Stellen nicht berücksichtigt worden. Die nachfolgend genannten Mehrausgaben fallen als Vorgriff auf das kommende Haushaltsjahr ausschließlich umstellungsbedingt an.

Vorauszahlung im Amt für Soziales
(Mehrausgaben bei Unterabschnitt 41500, 41010, 41160, 48200 u. a.)

4.435.000,- Euro

Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen in Wohnheimen, die Kosten für die Betreuung behinderter Kinder in Sprachheilkindergärten und integrativen Kindergärten, Betreuungskosten für Werkstätten für behinderte Menschen, die Kosten für die Unterbringung, Lebenshaltung und Pflege von Menschen in Pflegeheimen sowie die Blindenhilfe gemäß Landesblindengeldgesetz, die Kriegsopferversorge und die berufliche Rehabilitation werden monatlich im Voraus geleistet. Sie sind deshalb noch im Jahr 2011 überplanmäßig zur Auszahlung anzuordnen.

Vorauszahlung im Amt für Jugend
(Mehrausgaben bei Unterabschnitt 45560)

35.300,- Euro

Die Auszahlung des Pflegegeldes an Pflegeeltern für die Betreuung von Kindern erfolgt monatlich im Voraus. Für die Auszahlung Januar 2012 werden im Jahr 2011 überplanmäßig noch 35.300,- Euro benötigt.

Vorauszahlung im Hauptverwaltungsamt (Personalkosten)
(Mehrausgaben bei Gruppe 410 in diversen Unterabschnitten)

761.000,- Euro

Die Dienstbezüge für Beamte werden monatlich im Voraus gezahlt. Die Besoldung für den Monat Januar 2012 ist deshalb im Haushaltsjahr 2011 zur Auszahlung zu bringen, darf aber erst im Haushaltsjahr 2012 ergebniswirksam werden, weil der Personalaufwand für Januar wirtschaftlich dem Haushaltsjahr 2012 zuzuordnen ist.

Die vorgenannten Ausgaben in Höhe von insgesamt maximal 14.608.127,36 Euro fallen anlässlich der Umstellung auf die Doppik an. Die Ausgabeermächtigung wird nur in der unbedingten erforderlichen Höhe beansprucht.

Überplanmäßige Ausgaben sind gem. § 52 KV zulässig, wenn sie unvorhergesehen und unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist.

Eine Deckung der Ausgaben ist insoweit verzichtbar, wie auf die Forderungen aus Unterhaltsvorschuss im letzten kameralen Jahresabschluss in Höhe von voraussichtlich 6,2 Mio. Euro – anders als in Vorjahren – eine Forderungsberichtigung wirtschaftlich dahingehend vorgenommen wird, dass erstmalig eine Abführungsverpflichtung an das Land in Höhe von 11/12-tel dieses Betrages aufgenommen wird. Durch den damit einhergehenden Verzicht auf die Abwertung dieser Forderungen wird die überplanmäßige Ausgabe im Jahresergebnis 2011 bis zur Höhe von ca. 5,7 Mio. Euro kompensiert.

Zur Deckung der übrigen Mehrausgaben in Höhe von ca. 8,908 Mio. Euro werden herangezogen:

Mehreinnahmen	
Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer (1.90000.01000)	2.500.000,- €
Gemeindeanteilen an der Umsatzsteuer (1.90000.01200)	250.000,- €
Leistungen des Landes aus dem Ausgleich von Sonderlasten (1.90100.09300)	1.400.000,- €
Mehreinnahmen aus Vorjahren (1.03000.15710)	1.600.000,- €
Mehreinnahmen aus Gewerbesteuer (1.90000.00300)	1.000.000,- €
insgesamt:	6.750.000,- €

Soweit Deckung aus dem laufenden Haushalt 2011 nicht verfügbar ist, wirken die umstellungsbedingten Mehrausgaben defiziterhöhend.

3. Bewirtschaftungsregeln

Da die Haushaltssatzung 2012 bis zum 01.01.2012 nicht beschlossen sein wird, werden vorläufig die Festlegungen getroffen, die nach aktuellem Stand für § 8 der Haushaltssatzung vorgesehen sind (Anlage 2). Änderungen bzw. Ergänzungen zu einem späteren Zeitpunkt bleiben unbenommen.

Schwerin, den 20.12.

Angelika Gramkow
Oberbürgermeisterin

Dieter Niesen
2. Stellvertreter der Oberbürgermeisterin
und Beigeordneter für Finanzen, Jugend und Soziales

1. zahlungsunwirksame Mehrausgaben 2011

Darstellung einer bilanziellen Verbindlichkeit gegenüber dem Kommunalen Schadensausgleich	2.813.089,96
Darstellung von bilanziellen Verbindlichkeiten aus Unterhaltsvorschuss, voraussichtlich etwa	6.200.000,00
Darstellung eines Forderungsverlustes aus Darlehenstilgung	278.029,96
Korrektur Barkassenbuchdifferenz	50.362,26
Korrektur einer Umsatzsteuerbuchdifferenz	35.345,18
Summe 1:	<u>9.376.827,36</u>

2. zahlungswirksame Mehrausgaben 2011

Vorsorgeposten für verschiedene, eventuell zu berücksichtigende Ist-Vorgriffe im Amt für Soziales	4.435.000 €
Ist-Vorgriff im Amt für Jugend für Pflegegeld	35.300 €
Ist-Vorgriff im Hauptverwaltungsamt für Personalkosten	761.000 €
Summe 2:	<u>5.231.300,00 €</u>

Summe insgesamt: 14.608.127,36 €

Anlage 2

Bewirtschaftungsregeln zur Haushaltsausführung 2012

§ 8 der Haushaltssatzung soll folgenden Text erhalten:

1. Über die Aufnahme von Kassenkrediten (§ 4 der Haushaltssatzung) entscheiden die Abteilungsleiter der Stadtkasse und der Kämmerei gemeinsam.
2. Erheblich ist ein Fehlbetrag im Sinne des § 48 Abs. 2 Nr. 1 KV M-V dann, wenn er 2% des Gesamtbetrages der ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen übersteigt.
3. Erheblich bzw. wesentlich im Sinne des § 48 Abs. 3 Nr. 2 ist ein Betrag, wenn er 2% des Gesamtbetrages der ordentlichen, außerordentlichen und investiven Auszahlungen übersteigt.
4. Erhebliche Mehrausgaben im Sinne des § 48 Abs. 2 Nr. 3 KV M-V liegen vor, wenn sie im Einzelfall größer sind als 1% der Gesamtbeträge nach Ziffer 2 und 3.
5. Zur Bewirtschaftung der Haushaltsansätze gelten folgende Haushaltsvermerke und sonstige Regelungen:
  - a) Die liquiditätswirksamen Ansätze für Aufwendungen bzw. Auszahlungen innerhalb eines Teilhaushaltes sind grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig, soweit durch Haushaltsvermerk nichts anderes bestimmt ist.
  - b) Die Personalaufwendungen bzw. -auszahlungen werden innerhalb des Gesamthaushaltes für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Sie sind nicht deckungsfähig mit den übrigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen des Gesamthaushaltes. Sie sind nicht deckungsfähig mit den übrigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen der einzelnen Teilhaushalte.
  - c) Aufwendungen bzw. Auszahlungen, denen zweckgebundene Erträge bzw. Einzahlungen gegenüberstehen, sind nicht gegenseitig deckungsfähig mit den übrigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen.
  - d) Zweckgebundene Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen berechtigen zu zweckentsprechenden Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen.
  - e) Die Ansätze der internen Leistungsverrechnung werden über die Teilhaushalte hinaus für gegenseitig deckungsfähig erklärt. Sie sind nicht deckungsfähig mit den übrigen Aufwendungen bzw. Auszahlungen der einzelnen Teilhaushalte.
  - f) Auszahlungsansätze für Sachmittel und sonstiges (Ifd. Nr. 13 und 16 der Finanzrechnung) sind in den Teilhaushalten 1, 2, 3, 5, 8 und 12 einseitig

deckungsfähig mit Auszahlungen für Sachanlagen (Ifd. Nr. 37 der Finanzrechnung), Auszahlungen für Vorräte (Ifd. Nr. 40 der Finanzrechnung) und Sonstigen Investitionsauszahlungen (Ifd. Nr. 41 der Finanzrechnung), sofern dies aus Abgrenzungsgründen notwendig wird.

- g) Auszahlungsansätze für Investitionen sind innerhalb eines Teilhaushaltes nicht gegenseitig deckungsfähig mit den übrigen Auszahlungsansätzen. Ziffer 5, Buchstabe f) bleibt hiervon unberührt.
- h) Die Haushaltsansätze stehen mit Beginn des Haushaltsjahres mit Ausnahme der Auszahlungen für Investitionen (Ifd. Nr. 36 bis 41 der Finanzrechnung) vollständig zur Bewirtschaftung zur Verfügung. Rechtliche Vorgaben – insbesondere die Einhaltung der Regularien der vorläufigen Haushaltsführung – sind bei der Bewirtschaftung zu beachten.
- i) Die Inanspruchnahme der Ansätze für Auszahlungen für Investitionen (Ifd. Nr. 36 bis 41 der Finanzrechnung) bedarf ab einer Wertgrenze von 25.000 € der Freigabe der Oberbürgermeisterin. Inanspruchnahme ist die jede Bindung von bestehenden Ansätzen, d.h. sie liegt zeitlich z.B. vor der Auftragsbuchung oder der Einleitung von Ausschreibungsverfahren.
- j) Soweit es bei den einzelnen Investitionsmaßnahmen aus finanzwirtschaftlichen Gründen erforderlich wird, zusätzliche Sachkonten zu bilden, wird für diese bereits jetzt die gegenseitig Deckungsfähigkeit mit dem bisherigen Haushaltsansatz erklärt.
- k) Innerhalb der Teilhaushalte sind die Ansätze für Investitionen gegenseitig deckungsfähig, soweit nicht durch gesonderten Haushaltsvermerk anders bestimmt.